

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)

Keine Ausbildungsplatzabgabe einführen

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass

- die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen bereits mit der Ankündigung, einen Gesetzentwurf für eine Ausbildungsplatzabgabe im Bundestag einzubringen, ein neues und verheerend negatives Signal für die Wirtschaft und besonders den ausbildungstarken Mittelstand setzt;
- die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen mit der beabsichtigten Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe als Lösung für die angespannte Lage auf dem Lehrstellenmarkt eindeutig den politisch falschen Weg wählt;
- die Ursache für den akuten Lehrstellenmangel nicht auf die Ausbildungsunwilligkeit der Unternehmen, sondern in erster Linie auf die verfehlte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen zurückzuführen ist;
- eine Ausbildungsplatzabgabe im Ergebnis ein erheblicher zusätzlicher Kostenfaktor gerade für die Betriebe ist, die ohnehin mit mangelnder Eigenkapitalbasis und einer unbefriedigenden Gewinnsituation zu kämpfen haben.

Außerdem stellt die Bürgerschaft (Landtag) fest, dass die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe

- ein empfindlicher Eingriff in das duale Ausbildungssystem mit unabsehbaren Folgen wäre;
- zu einer Fehlsteuerung auf dem Arbeitsmarkt führen würde, da nahezu ausschließlich außerbetriebliche Ausbildungsplätze entstehen würden;
- gerade größeren Unternehmen erlauben würde, sich von ihrer gesellschaftlichen Ausbildungsverpflichtung freikaufen zu können;
- den ohnehin schon viel zu schwerfälligen Bürokratieapparat durch zusätzliche Verwaltungs- und Umverteilungskosten weiter aufblähen würde;
- Unternehmen und das Land Bremen mit Kosten belasten würde, die nicht vertretbar sind.

Vor diesem Hintergrund ist die Bürgerschaft (Landtag) der Auffassung, dass der Senat mit allen geeigneten Mitteln, insbesondere im Bundesrat auf Bundesebene, darauf hinwirkt, dass die Ausbildungsplatzabgabe nicht eingeführt wird.

Willy Wedler (FDP)